

# mandatsmeldung.

JUNI  
2023

## INHALTE

Chaos im Bundestag.  
Michael Frieser, S. 1

Warburg: Angst der SPD vor Aufklärung  
Sebastian Brehm, S. 2

Prozent-Hürde für Europawahl  
Tobias Winkler, S. 2

20 Jahre Stiftung Bayer. Gedenkstätten  
Karl Freller, S. 3

Wasserwacht tauft Boot "Barbara"  
Barbara Regitz, S. 3

Zukunftsmuseum: Opposition gescheitert  
Jochen Kohler, S. 4

Bayerisches Radgesetz  
Hans Herold, S. 4

Höhere Zuschüsse für Privatschulen  
Petra Guttenberger, S. 5



## CHAOS IM BUNDESTAG

Liebe Mitglieder,  
liebe Freunde,

unmittelbar vor der letzten Sitzungswoche des Bundestages vor der Sommerpause herrscht im Parlament Chaos. Das hat nicht nur, aber vor allem mit Habecks Heizungsverbot zu tun, das nächste Woche auf Biegen und Brechen verabschiedet werden soll. Das Bizarre: mit jeder Nachtsitzung, jeder vermeintlichen Einigung, jedem "Durchbruch" innerhalb der zerstrittenen Koalition wird das Chaos noch größer, die Fragezeichen noch zahlreicher.

Erst vergangene Woche sollten geladene Experten im Klimaausschuss des Bundestages einen Gesetzesentwurf beraten, der längst obsolet war. Eine Premiere in der Geschichte unseres Parlaments. Entsprechend irritiert äußerten sich die Vertreter der Fachverbände. Ein zweiseitiges "Leitplanken-Papier", das mehr Fragen aufwirft als es beantwortet, sei eine äußerst magere Diskussionsgrundlage.

Anfang dieser Woche schließlich die nächste "Einigung" der Ampel zur weiteren Ausgestaltung ihres Leitplankenpapiers, nur um gestern dann erneut über substantielle Fragen zu streiten: Während die FDP davon ausgeht, dass ab 2024 weiter Gas- und Öl-Heizungen eingebaut werden können, betonen die Grünen, dass der Einbau von Gasheizungen an strenge Kriterien geknüpft ist und Ölheizungen ganz verboten werden. Uneinigkeit besteht weiter in der zentralen Frage, welche Heizungen überhaupt förderfähig sein sollen. All das wenige Tage bevor das Gesetz beschlossen werden soll!

Möglich ist diese absurde Simulation eines parlamentarischen Verfahrens nur, weil sich die Koalition nicht mehr bemüht, auch nur so zu tun, als würde man sich um die Rechte des Parlaments bzw. der Opposition scheren. Fristen werden immer schamloser ignoriert, die Kritik daran ebenso. Die Ampel will dieses Chaos normalisieren, spricht davon, dass es "nach der Einigung auf Leitplanken jetzt um die konkrete Umsetzung geht" - nur das Parlament und externe Expertise, die sollen der Koalition dabei ganz offensichtlich nicht in die Quere kommen.

Beste Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

*"Was weiß oder befürchtet die SPD, dass sie derart nervös reagiert?"*

**Sebastian Brehm**  
MdB Nürnberg-Nord

[Website](#)



## SCHOLZ IM VISIER - DIE ANGST DER SPD VOR AUFKLÄRUNG

Die Ampel verzögert und behindert die Aufklärung der Rolle des ehemaligen Ersten Hamburger Bürgermeisters und jetzigen Bundeskanzlers Olaf Scholz im Cum-Ex-Skandal, bei denen Banken sich nie gezahlte Steuer erstatten ließen. Darunter auch das Hamburger Privatbankhaus M.M.Warburg & CO.. Die CDU/CSU-Fraktion hat dazu einen Untersuchungsausschuss beantragt. Das Besondere im Fall Warburg: Die Hamburger Finanzbehörde wollte der Bank noch Steuern erstatten, als die Rechtswidrigkeit der Cum-Ex-Geschäfte längst feststand. Und anfangs wehrte sie sich selbst gegen eine gegenteilige Weisung des damaligen Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble, übernahm dabei nahezu wortwörtlich die Argumentation der Bank. Vorausgegangen waren mehrere Gespräche von Scholz mit dem damaligen Bankchef Christian Olearius. Verhindern kann die SPD den Ausschuss nicht. Deshalb wird derzeit mit allen Tricks versucht, den Untersuchungsauftrag bis zur Bedeutungslosigkeit zu verstümmeln. Grüne und FDP, in der vergangenen Legislaturperiode noch die scheinbar allerschärfsten Aufklärer, stehen der SPD hilfreich zur Seite. In der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause wird sich zeigen, ob beide Parteien den Blockadekurs weiter mittragen. Bei soviel Widerstand fragt man sich: Was weiß oder befürchtet die SPD, dass sie derart nervös reagiert. Es ist diese Reaktion, die die Notwendigkeit einer parlamentarischen Untersuchung noch einmal unterstreicht. Gibt die Ampel ihre Blockade nicht auf, dürfte der Fall Scholz/Warburg/Cum-Ex beim Bundesverfassungsgericht landen.

*"Als CSU stehen wir für eine starke deutsche Stimme im Europäischen Parlament."*

**Tobias Winkler**  
MdB Fürth

[Website](#)



## WICHTIGE PROZENT-HÜRDE FÜR EUROPAWAHL

Ein Jahr vor der Europawahl am 9. Juni 2024 ist es uns gelungen, die Blockade der Grünen zu durchbrechen und den ersten von zwei Schritten zur Wiedereinführung einer Prozent-Hürde zu gehen. In Deutschland wurde die seit der ersten Direktwahl 1979 gültige 5%-Hürde vom Bundesverfassungsgericht aus unerfindlichen Gründen gekippt. Die Folge? Bei der letzten Europawahl wurden in Deutschland Abgeordnete aus 14 (!) Parteien ins Europäische Parlament gewählt. Von den 96 deutschen Parlamentariern sitzen 9 Abgeordnete aus Kleinstparteien als „Einzelkämpfer“ in einem Parlament mit 705 Mitgliedern! 9 Abgeordnete - das sind knapp 10% der deutschen Stimmen. 10% unseres Einflusses im EU-Parlament verpufft weitgehend wirkungslos. Unter den Abgeordneten sind auch Vertreter von Spaßparteien, die in Straßburg eine gut bezahlte Bühne gefunden haben. Schrille oder skurrile Auftritte steigern zwar die Follower-Zahlen auf Instagram, bringen aber die EU nicht voran und untergraben das Vertrauen in Demokratie. Bereits 2018 hat man sich auf EU-Ebene auf die Einführung einer europaweiten Hürde geeinigt, so dass dies auch vom Bundesverfassungsgericht akzeptiert werden würde. Da einige der „Einzelkämpfer“ in die Fraktion der Grünen gewechselt sind, hat die Partei die Umsetzung in Deutschland seitdem blockiert. Die Blockade mussten sie jetzt aufgeben, versuchen aber weiter zu verzögern, wenn möglich bis zur Wahl 2034, also 16 Jahre nach der Entscheidung auf EU-Ebene. Ob sie sich damit in der Ampel durchsetzen können, bleibt offen. Als CSU arbeiten wir weiter an einer früheren Umsetzung. Wir stehen zu Europas Demokratie und für eine starke deutsche Stimme im Europäischen Parlament.



*„Die Gedenkstätten werden von einer wachsenden Zahl an internationalen Besuchern frequentiert.“*

**Karl Freller**  
MdL Nürnberg-Süd  
[Website](#)



## LEBENDIGE ERINNERUNG: 20 JAHRE STIFTUNG BAYER. GEDENKSTÄTTEN

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Stiftung Bayerische Gedenkstätten hat die Bayerische Staatskanzlei am 19. Juni zu einem Empfang in der Münchner Residenz geladen. Als Ehrengäste durfte ich die Shoa-Überlebenden und drei Zeitzeugen Pavel Hoffmann, Ernst Grube und Abba Naor (im Bild oben) sowie Dr. Eva Umlauf, Dr. Charlotte Knobloch, S. K. H. Herzog Franz von Bayern und S. K. H. Herzog Max in Bayern begrüßen. Seit 20 Jahren gewährleistet die Stiftung ein würdiges Erinnern an die nationalsozialistischen Verbrechen in Bayern. Dies erscheint heute – angesichts des Wiedererstarkens rechtsextremistischer und antisemitischer Kräfte – von ganz besonderer Bedeutung. Die Stiftung ist als Dachorganisation zuständig für die beiden KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg und für insgesamt 75 KZ-Friedhöfe in Bayern. Die Gedenkstätten sowie die Orte, die an ihre früheren Außenlagern erinnern, werden Jahr für Jahr von einer stetig wachsenden und zunehmend internationaleren Zahl an Besuchern frequentiert; zuletzt waren es etwa 90.000 Besucher in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und annähernd eine Million in der KZ-Gedenkstätte Dachau. Die Stiftung hat für ihre Arbeit national und international große Anerkennung erfahren. Das Amt des Stiftungsdirektors ausüben zu dürfen, ist mir eine große Ehre und erfüllt mich mit großer Dankbarkeit. Wozu unser Land aus seiner Geschichte heraus bedingungslos verpflichtet ist, lässt sich in zwei Worten zusammenfassen: Nie wieder! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus. Nie wieder Opfer. Nie wieder Täter. Hierfür steht die Stiftung Bayerische Gedenkstätten – seit 20 Jahren, heute und in Zukunft.

*„Schwimmen können, kann Leben retten!“*

**Barbara Regitz**  
MdL Nürnberg-Nord  
[Website](#)



## NÜRNBERGER WASSERWACHT TAUFT BOOT "BARBARA"

Taufpatin zu sein für das neue Rettungsboot der Wasserwacht Nürnberg ist mir eine große Freude. In Gefahrenlagen beherzt zuzupacken und richtig zu entscheiden, ist nicht hoch genug wertzuschätzen. Den Heldinnen und Helden der Wasserwacht danke ich herzlich für ihr großartiges Engagement. Dazu gehören Rettung im und am Wasser und ebenso, Kinder von klein auf im Schwimmen auszubilden. Schwimmen können, kann Leben retten! Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Kreis-Wasserwacht Nürnberg-Stadt Lothar Schnelle bei der feierlichen Tauffeier am Kleinen Dutzendteich segneten der katholische Polizeiseelsorger Diakon Martin Zenk und die evangelische Pfarrerin Dr. Tia Pelz das Rettungsboot, das festlich geschmückt war, und die jeweilige Besatzung. Da Bootstufen Frauensache ist, hatte die Kreis-Wasserwacht Nürnberg-Stadt mich für ihr neues Motorrettungsboot gewinnen können und so fühle ich mich sehr geehrt, dass ein neues Motorrettungsboot auf meinen Vornamen getauft wurde. Umso mehr will ich das Engagement aller Rettungskräfte, die ehrenamtlich großartiges leisten, loben. Zu den vielfältigen Aufgaben der Wasserwacht gehören auch Schwimm- und Rettungsschwimmkurse. Die Schwimmfähigkeit der Jugendlichen ist in letzter Zeit, gerade durch die Pandemie, leider zurückgegangen. Daher muss der Erwerb der Schwimmfähigkeit langfristig gesichert werden. Die Wasserwacht hat dafür meine volle Unterstützung. Der Besatzung des neuen Motorrettungsboots „Barbara“ wünsche ich allzeit gute Fahrt und immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel.



## U-AUSSCHUSS ZUKUNFTSMUSEUM: OPPOSITION GESCHEITERT

Bevor es am 10. Juli 2023 zur Schlusssitzung des Ausschusses kommt, bleibt festzuhalten, dass sich die Hoffnungen der Opposition, einen Skandal kurz vor der Landtagswahl zu produzieren, in Luft aufgelöst haben. Neben der Vernehmung von Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL und zweier Sachverständiger bezüglich der Marktüblichkeit des Mietvertrags Ende letzten Monats, wurde zuletzt noch ein Sachverständiger zum Thema Zuwendungsrecht gehört. Die Einflussnahme und die damit verbundenen Vorwürfe der Vetternwirtschaft und Steuerverschwendung wurden hierbei nicht ansatzweise bestätigt. Vielmehr stellte sich heraus, dass es keinerlei Weisungen und Direktionen „von oben“ gab. Es ist für die Opposition sicherlich schwer zu verdauen, dass die geplante Ablenkung vom Berliner Debakel ein „Rohrkrepierer“ war. Die erhobenen Vorwürfe wären sicherlich - bei entsprechender Kritikfähigkeit - bei der Ampel in Berlin deutlich besser aufgehoben gewesen. Denn dort gehören Steuerverschwendungen und Vetternwirtschaft offensichtlich zur Regierungsgrundlage. Amüsant ist, dass sich die bayerische Ampel im Untersuchungsausschuss darüber echauffiert, dass es die ein oder andere Sache gibt, an die sich Beteiligte nicht genau im Wortlaut erinnern können. Hierbei scheint man völlig vergessen zu haben, dass es einen Kanzler gibt, welcher deutlich größere Erinnerungslücken zu haben scheint. Sei's drum! Das Museum tut Nürnberg gut, die Lage ist bestens, die Miete angemessen und es ist ein Besuchermagnet. Alle gehörten Zeugen haben unseren Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL entlastet. Und die Opposition sollte zunächst einmal vor der eigenen Türe kehren, bevor sie wieder versucht, Skandale künstlich zu produzieren.

**„Die Opposition hat es nicht geschafft, nur ansatzweise einen Skandal zu initiieren!“**

Jochen Kohler  
MdL Nürnberg-West

[Website](#)



**„Mit dem Radgesetz fördern wir den systematischen und zügigen Ausbau der Radinfrastruktur in Bayern.“**



Hans Herold  
MdL Fürth-Land

[Website](#)



## BAYERISCHES RADGESETZ

Als passionierter Radfahrer liegt mir der weitere Ausbau unseres Radwegenetzes sehr am Herzen. Das Bayerische Radgesetz, das die beiden bayerischen Regierungsfractionen jetzt auf den Weg gebracht haben, hat zum Ziel, den Radverkehr zu stärken und sicherer machen. Dabei soll das Radland Bayern noch attraktiver werden. Bis 2030 sollen gegenüber Ende 2022 bayernweit insgesamt 1.500 Kilometer an neuen Radwegen entstehen mit einem bayernweit durchgängigen Radverbindungsnetz. Kommunen werden finanziell wie auch beratend bei der Umsetzung von Radinfrastrukturprojekten gefördert. Außerdem sollen die Verkehrssicherheit und die Bedingungen für den Radverkehr verbessert werden, in dem unter anderem ein Verkehrssicherheitsprogramm erarbeitet wird. Weiterhin soll ein vergünstigtes Radmitnahmeticket für ein zusätzliches Entgelt in Höhe von einem Euro je Fahrt und Fahrrad im Schienenpersonenverkehr eingeführt werden. Das Fahrrad ist und bleibt das klimaschonendste und kostengünstigste Verkehrsmittel überhaupt – und ist dabei noch gesundheitsfördernd. Vor allem durch E-Bikes erlebt das Radfahren seit ein paar Jahren wieder einen unglaublichen Aufschwung, da mit der technischen Erweiterung mehr Menschen ermöglicht wird, das Rad zu nutzen. Mit dem Radgesetz stärken und gestalten wir den Radverkehr in ganz Bayern sicherer und steigern nachhaltig den Anteil des Fahrrads im Verkehrsmix.



**„Die Privatschulen  
sind eine tragende  
Säule unseres  
Bildungssystems  
und leisten  
hervorragende  
Arbeit!“**

**Petra Guttenberger  
MdL Fürth**  
[Website](#)



## ERHÖHUNG DER ZUSCHÜSSE FÜR DIE PRIVATSCHULEN

Die Zuschüsse für die Privatschulen werden ab 01. Januar 2024 schrittweise erhöht. Im Freistaat fließt jeder dritte Euro in die Bildung, um das hochwertige bayerische Bildungssystem zu erhalten und weiter auszubauen. Schulen in privater Trägerschaft sind eine wichtige Ergänzung der Schullandschaft und erfreuen sich großer Beliebtheit. 12 Prozent der bayerischen Schülerinnen und Schüler besuchen bereits eine Privatschule. Vor diesem Hintergrund war es nötig, die Zuschüsse zu erhöhen und die Schulen in privater Trägerschaft damit zukunftsfest aufzustellen. Bayern hat eine vielfältige Schullandschaft und gerade die Privatschulen sind eine tragende Säule unseres Schulsystems. Die Erhöhung der Zuschüsse ist eine wichtige und richtige Maßnahme, den Schulen in privater Trägerschaft auch in Zukunft den nötigen Handlungsspielraum zu geben. Der entsprechende Antrag zur Erhöhung der Zuschüsse wurde am 14. Juni in erster Lesung im Plenum beraten und soll noch im Juni behandelt werden. Die maßgeblichen Punkte sind u.a. die Übernahme der stufenweisen Einführung von A 13 als Eingangssamt an Grund- und Mittelschulen, um eine angemessene Bezahlung der Lehrkräfte an Privatschulen zu gewährleisten, die Anhebung des Betriebszuschusses in drei Stufen über drei Jahre von 112 v.H. auf 125 v.H., um die massiven Mehrkosten auffangen zu können. Zudem wird es eine geänderte Anpassungsformel für die Lehrpersonalzuschüsse geben, die künftig alle zwei Jahre automatisch eine Anpassung vorsieht. Auch die Zahlung des Schulgeldersatzes für 12, anstatt wie bislang nur für 11 Monate, wird sowohl Privatschulen als auch Eltern entlasten. Diese Maßnahmen geben den Privatschulen Planungssicherheit für ihre wertvolle Arbeit und stellen deren Finanzierung auf eine solide Basis.



**Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach**

CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach  
Jakobstraße 46 - 90402 Nürnberg  
E-Mail: [nuernberg@csu-bayern.de](mailto:nuernberg@csu-bayern.de)  
Telefon: 0911/241544-0

Wenn Sie unsere politische Arbeit unterstützen möchten:  
Hypovereinsbank Nürnberg  
IBAN: DE90 7602 0070 0005 4150 20  
BIC: HYVEDEMM460